

(Trabalski (SPD))

- (A) wortlich ist, weiß, daß der billigste Weg, um sich von den Schulden zu lösen, dann der Konkurs wäre.

Ich meine, hier sei in zwei Jahren Arbeit ein Weg gesucht worden, eine sozialverträgliche Lösung für die Mieter der Wohnungen bei der Neuen Heimat zu schaffen. Der aufgezeigte Weg ist verantwortlich, und die Abgeordneten, die dem zustimmen, tun das mit gutem Gewissen; zu denen werde auch ich gehören.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Aussprache über die Regierungserklärung; damit ist dieser Beratungspunkt erledigt.

Herr Abg. Faber von der Fraktion der CDU hat um Abgabe einer Erklärung gemäß § 62 der Geschäftsordnung gebeten. Über Grenzen und Inhalt brauche ich hier nicht zu reden. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Faber (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der namentlichen Abstimmung zu Drucksache 10/2695 möchte ich folgende persönliche Erklärung abgeben:

- (B) Mir ist bekanntgeworden, daß die Schriftführer bei Aufruf meines Namens die Stimmabgabe mit "Nein" notiert haben. Das muß akustisch falsch übergekommen sein; denn ich habe mit "Ja" gestimmt. Dies wird auch von meinen Nebenmännern und Hintermännern bestätigt.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Denzer: Wir haben die persönliche Erklärung zu Protokoll genommen; das ist ja das Wesentliche daran. Dies wird am Abstimmungsergebnis und an der Protokollierung nichts ändern.

Ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Hierzu liegt mit der Drucksache 10/2705 ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vor, der in die Beratungen einbezogen wird.

Das Wort hat Frau Abg. Decking-Schwill von der Fraktion der CDU.

Frau Decking-Schwill (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die

Debatte von eben um die Neue Heimat nicht weiterführen; aber gestatten Sie mir drei Bemerkungen: (C)

Erstens. Ich glaube nicht, daß hier im Saal irgend jemand ist, der gegen Mieter wäre. Wir haben die besten Mietgesetze und den besten Mieterschutz überhaupt.

(Wolf (SPD): Gehabt!)

- Haben wir! Dafür hat diese Bundesregierung gesorgt

(Lachen bei der SPD)

- ich danke für Ihre Heiterkeit; ich kann mir vorstellen, daß Sie sich freuen -; der Bundeswohnungsbauminister hat soeben erklärt, daß er auch an diesen Mietgesetzen und am Mieterschutz nichts ändern wird.

(Wolf (SPD): Aber am Gemeinnützigkeitsrecht!)

Zweitens. Ich würde mir nicht erlauben, jemandem nachzusagen, er habe keine Ahnung, nur weil er anderer Meinung ist als ich.

Drittens. Geld man kann nur einmal ausgeben. Ich hätte es sozialer gefunden, wenn diese 180 Millionen DM, die hier für die Neue Heimat ausgegeben werden, in zukunftsweisende Investitionen gesteckt worden wären; denn das hätte im Endeffekt Arbeitsplätze für viele bedeutet, die wir dringend brauchen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Vor zwanzig Jahren waren in den nordrhein-westfälischen Betrieben der Bauindustrie und des Bauhandwerks noch rund 440 000 Mitarbeiter beschäftigt. Bis Anfang dieses Jahres hat sich die Zahl auf 213 000 verringert; das ist weniger als die Hälfte. Allein 1986 betrug der Personalabbau im Baubereich 4,8 %. Damit gingen allein in einem Jahr 11 000 Bauarbeitsplätze in NRW verloren.

Daran erkennen wir die Folgen Ihrer Politik, Herr Minister, die über ein Jahrzehnt nur aus Verharmlosung und grandioser Fehleinschätzung bestand. Sie redeten immer noch von einer Konjunkturkrise, während sich unser Land längst in einer tiefen Strukturkrise befand. Kostbare Zeit ist hier buchstäblich verschlafen worden.

Sie haben die Investitionsausgaben - und darunter an erster Stelle Bauinvestitionen - Jahr um Jahr gekürzt, bis Sie in diesem

(Frau Decking-Schwill (CDU))

- (A) Jahr bei skandalösen 12 % angelangt sind. In keinem Land der Bundesrepublik sind die Investitionsausgaben pro Kopf der Bevölkerung so niedrig wie bei uns. Dies drückt sich auch in der Baunachfrage aus: Im vergangenen Jahr betrug die Steigerungsrate im Bundesdurchschnitt 9,1 %; in NRW lag die Steigerungsrate bei lediglich 3,3 %. Das hat doch politische Gründe, meine Damen und Herren!

Bei der Stahlkonferenz in Oberhausen haben wir die erschreckende Zahl eines Verlustes von 60 000 Arbeitsplätzen im Stahlbereich in nur 12 Jahren gehört. Am Tag der Bauwirtschaft im Mai dieses Jahres hörten wir eine noch viel erschreckendere Zahl: In diesem Bereich nämlich sind nach Auskunft des Verbandsdirektors 60 000 Arbeitsplätze in nur sechs Jahren verlorengegangen - und dazu eine Anzahl mittelständischer Betriebe.

Das ist die Folge Ihrer Politik, Herr Minister, die Folge einer Politik, die ohne realistische Einschätzung und ohne Kontinuität arbeitet. Sie haben die Notwendigkeiten in diesem Lande offensichtlich nicht erkannt oder erkennen können, weil alle Entscheidungen erst den Nebeldunst von Ideologie, Parteipolitik und Interessenverbindungen zu durchdringen haben.

(Wolf (SPD): Das sagt jemand, deren Kanzler der Pleitenkönig der Nation ist!)

- (B) 1980 haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von der Regierung, auf Ihrem Städtebaukongreß in Dortmund die "neue Wohnungsnot" ausgerufen - Seit' an Seit' mit Albert Vietor, um der hier häufig schon zitierten Neuen Heimat die Möglichkeit zu geben, ihre ungebauten Grundstücke zu verwerten. 1985 haben Sie noch ein mehrjähriges Wohnungsbauprogramm mit einer Rate von rund 22 000 Wohnungen pro Jahr angekündigt. 1987 sind wir nach anfänglichen 8 000 bei nunmehr etwa 14 000 angelangt. Ihr forscher Optimismus, Herr Minister, ist, wie Sie gesagt haben, in ein Nichts zusammengefallen. Und Minister Posser stellt fest, die Wohnungsbauförderung sei sowieso nicht mehr nötig, da sie als klassische Aufgabe der Nachkriegszeit ihren Dienst getan habe. Immer gerade so, wie es paßt!

Statt dessen basteln Sie nun einen neuen Paragraphen in das Haushaltsgesetz, der Sie ermächtigt, unter Zuhilfenahme des Landeswohnungsbauvermögens der oben bereits erwähnten, sattem bekannten Neuen Heimat wieder einmal aus ihren Schwierigkeiten zu helfen. Denn das ist doch der eigentliche Grund. Sie kaufen die Neue Heimat für eine

Mark und stellen der neuen Gesellschaft LEG Wohnen 180 Millionen DM aus dem Landeswohnungsbauvermögen zur Verfügung, und das à fonds perdu, meine Damen und Herren. Was hätten Sie mit 180 Millionen DM nicht alles an wirklicher Strukturverbesserung in diesem Lande bewirken können?

(Schultz (SPD): Sie hat es immer noch nicht verstanden.)

Sie bedrängen die gemeinnützigen Gesellschaften in den Städten und Gemeinden, ihrerseits einen millionenschweren Beitrag zur Entlastung der Mutter Gewerkschaft zu leisten, obwohl diese ihr Geld besser in die Modernisierung und Instandsetzung ihrer eigenen Wohnungsbestände stecken sollten. Können Sie sich eigentlich vorstellen, was die in diesem Falle betroffenen Mieter dazu sagen werden? Wer schon zwei Jahre oder mehr auf die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen wartet, weil angeblich die Mittel fehlen, der hat kaum Verständnis dafür, daß jetzt plötzlich Millionenbeträge in dem unergründlichen Schlund dieses heruntergewirtschafteten Unternehmens verschwinden sollen.

Der neu geschaffene § 11 des Haushaltsgesetzes beinhaltet aber noch mehr, was wir nicht mehr mittragen können und wollen. Er macht in dürren Zeilen die ganze Misere Ihrer konzeptionslosen Wohnungspolitik, ja das finanzielle Desaster Ihrer politischen Bemühungen überhaupt deutlich. Stückchen für Stückchen haben Sie seit 1985 das selbstständige Vermögen befrachtet und Ausgaben, die bei einer soliden Finanzpolitik aus dem Haushalt hätten genommen werden müssen, dorthin verschoben. Zuerst waren es die sogenannten wohnungspolitischen Sozialprogramme wie Härteausgleich und Nachsubventionierung. Beides übrigens Reparaturmaßnahmen einer verfehlten Wohnungsbaufinanzierungspolitik, die als Übergangsregelung durchaus ihren Sinn haben und als solche von uns auch befürwortet werden. Aber das kann doch keine Dauerlösung sein. Hier sind Phantasie und Initiative gefordert. Aber beides ist bei Ihnen und in Ihrem Hause nicht vorhanden.

1986 kam die Verlagerung der Wohnungsbauförderung mit Darlehen und Zuschüssen auf das Wohnungsbauvermögen der WFA. 1988 wurden nun auch noch die als letztes in diesem Haushalt verbliebenen wohnungspolitischen Leistungen wie Schuldendiensthilfen, Zinsbewilligungszuschüsse, verlorene Zuschüsse für Modernisierung auf das WFA-Vermögen verlagert. Gab es bislang noch Zuweisungen aus dem Haushalt an das Landeswohnungsbauvermögen, so fallen diese in Zukunft auch weg. Nun reicht's, Herr Minister!

(C)

(D)

(Frau Decking-Schwill (CDU))

- (A) Da es sich bei den meisten der oben aufgeführten Maßnahmen um verlorene Zuschüsse handelt, kann man sich ausrechnen, wann das landeseigene Wohnungsbauvermögen, das sich zur Zeit noch auf etwa 15 Milliarden DM bereinigt beläuft, aufgezehrt ist. Finanzminister Posser sagte in seiner Rede am 16.09.1987 im Parlament:

Die Landesregierung mußte sich dazu entschließen, durch Herausnahme der Ausgaben für den Wohnungsbau aus dem Landeshaushalt die unbedingt erforderlichen Finanzierungsspielräume zu schaffen.

Das, Herr Minister, ist eine Bankrotterklärung angesichts der Investitionsschwäche in unserem Lande, angesichts der prekären Lage der Bauindustrie und des Baugewerbes, angesichts der ungebrochenen Nachfrage nach Wohneigentum finanzschwacher Familien und Familien mit Kindern. Es ist unverantwortlich, das Landeswohnungsbauvermögen auf diese Art und Weise zu verfrühstücken.

An dieser Stelle zeigt sich auch, meine Damen und Herren, daß es eben ein Taschenspielertrick ist zu sagen: "Die Neue Heimat wird nicht aus dem Haushalt bezahlt". Sie wird bezahlt aus Mitteln des Wohnungsbauvermögens, was der Finanzminister sehr wohl erkannt hat, was er aber braucht, um seinen Haushalt in Ordnung zu bringen. Genau das ist der Punkt.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Und noch eines, Herr Minister: Sie wollen oder müssen eine höhere Nettoneuverschuldung vermeiden. Aber geben Sie es zu: Sie verlagern doch nur. Die Kredite, die Sie über den Haushalt nicht aufnehmen wollen oder können, nimmt jetzt die WFA auf. Nur: Das merkt dann keiner mehr. Der Kontrolle des Parlaments ist dieses Manöver dann entzogen. Aber ich finde, wir sollten doch die Verantwortlichkeiten nicht in dieser Weise verschieben.

Im übrigen: Sozialpolitik auch im wohnungspolitischen Bereich ist notwendig. Soziale Wohltaten sind für den, der sie empfängt, sicherlich etwas Schönes, und der, der sie gibt, behängt sich mit Ruhm. Aber, meine Damen und Herren, man muß sich solches auch leisten können. Dazu braucht man eine entsprechend gute Wirtschafts- und eine haushälterische Finanzpolitik. An beiden fehlt es, nach allem, was wir gestern und heute hier gehört haben.

Meine Fraktion ist der Meinung, daß das Landeswohnungsbauvermögen, das sich ja aus

den Rückflüssen früher gewährter Wohnungsbaudarlehen und aus Zuweisungen des Bundes speist, unbedingt notwendig ist, um Investitionen im Baubereich zu tätigen. Wir dürfen es nicht zum Überkleben und Verkleistern von Fehlern der Vergangenheit benutzen, wohl aber zur Heilung von Fehlern. (C)

Die kommenden Jahre stellen uns vor große Aufgaben. Der Wohnungsbestand kann so, wie er jetzt ist, nicht für die nächsten 50 Jahre sozusagen eingemottet werden. Wir brauchen Abriß und Wiederaufbau, Modernisierung und Umbau. Unsere immer älter werdende Bevölkerung wird zwangsläufig ganz andere Ansprüche an Wohnungszuschnitt und Wohnungsröße und auch Wohnungsausstattung haben. Die Tatsache, daß immer mehr Menschen immer mehr freie Zeit zur Verfügung haben, wird zu neuen Flächenansprüchen an die Wohnung und die unmittelbar der Wohnung zugeordnete Umgebung führen.

Alles dies sind Aufgaben, die angefaßt werden müssen, die ihrerseits wieder neue Investitionsanreize auslösen und die Arbeit und Beschäftigung schaffen.

Alles das kostet aber auch Geld. Das Landeswohnungsbauvermögen ist dafür bestens geeignet. Wir können der Verschiebetaktik und der unaufhaltsamen Aufzehrung dieses Vermögens nicht zustimmen. Dabei geht es gar nicht nur darum, ob die vorgesehene Verwendung rechtlich zulässig ist. Herr Minister Posser hat sich da große Mühe gemacht, uns dies zu beweisen. Nein, nicht alles, was rechtlich zulässig ist, ist deshalb auch schon richtig! (D)

Man möge mir bitte nicht - ich kann mir vorstellen, daß darauf gleich wieder verwiesen werden wird - mit der obligaten Frage nach dem Deckungsvorschlag kommen, meine Damen und Herren von der SPD!

(Pfänder (SPD): Doch, machen wir!)

- Ja, das machen Sie; ich weiß. - Ich verlange ja nicht eine einzige zusätzliche Maßnahme. All das, was in § 11 angesprochen worden ist, gab es ja schon, nur stand es vorher im Haushalt; jetzt haben Sie es verschoben.

(Schultz (SPD): Dann müssen Sie es eben wieder in den Haushalt hineinbringen!)

Also: Zusätzliche Maßnahmen werden von uns nicht gefordert. Deswegen sind es auch nicht

(Frau Decking-Schwill (CDU))

- (A) wir, die einen Deckungsvorschlag zu machen haben.

(Die Rednerin wird auf die Beendigung ihrer Redezeit hingewiesen.)

- Ich bin mit der Rede sofort zu Ende. -

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort - wenn ich darf - zu dem Förderprogramm im Eigentumsbereich sagen! Herr Minister, das war nicht Ihre Sternstunde! Mit Ihrem Erlaß vom 14. Juli 1987 und mit dem Stopp, den Sie über die Antragsannahme bei den Bewilligungsbehörden verhängt haben, haben Sie Hunderte von bauwilligen Familien zum Spielball Ihrer Hilflosigkeit gemacht.

(Unruhe - Zurufe)

Können Sie sich eigentlich vorstellen, wie das ist, wenn man jahrelang geplant hat, wenn man ein Grundstück gekauft und alle Voraussetzungen erfüllt hat und das Wort des Ministers besitzt: Am 31.12. ist Antragsschluß - und dann aus heiterem Himmel dies! Herr Minister, für mich hat das eine ganze Menge auch mit Vertrauensschutz zu tun!

Nun haben Sie ja, weil Sie von allen Seiten politischen Druck bekamen, nicht zuletzt aus der CDU-Fraktion, versucht, dieses wieder zu heilen. Das ist zwar begrüßenswert, nur: Den ideellen Schaden können Sie nicht wieder heilen!

- (B) Präsident Denzer: Verehrte Frau Kollegin, ich darf Sie unterbrechen! Ich habe heute ja meinen großzügigen Tag;

(Heiterkeit - Zurufe)

aber Sie haben Ihre Redezeit schon um drei Minuten überschritten. Wenn Sie diesen Satz bitte zu Ende führen würden!

(Frau Decking-Schwill (CDU): Herr Präsident, ich bedanke mich. - Nagel (CDU): Sie hat aber recht!)

- Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir eine Selbstbindung mit einer Redezeit von 15 Minuten vereinbart haben. Inzwischen haben Sie, Frau Kollegin, schon 18 Minuten gesprochen. Sie haben noch das Wort zu einem Satz - aber bitte nicht drei Schachteilsätze!

(Heiterkeit)

Frau Decking-Schwill (CDU): Ich bedanke mich, daß ich noch einen Satz sagen darf. - Sie, Herr Minister und meine Damen und

Herrn von der SPD-Fraktion, wollen die ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Landes; im Bereich von Städtebau und Wohnungswesen haben Sie dazu hervorragend Gelegenheit, und das Landeswohnungsbauvermögen bietet ihnen auch die Möglichkeit; nur der Kauf dieses morschen Fasses ohne Boden mit dem Namen "Neue Heimat", das war ein ganz schlechter Anfang,

(Zurufe - Unruhe)

und auch deshalb lehnen wir den Einzelplan 11 ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Es war zwar ein Satz mit sechs Halbsätzen, aber es war ein Satz; der Präsident hat das festgestellt, Frau Kollegin. Ich danke Ihnen.

Für die SPD-Fraktion hat nunmehr Herr Abg. Pfänder das Wort; bitte sehr, Herr Kollege. Die Zeittoleranz werde ich aber bei Ihnen nicht gelten lassen.

(Heiterkeit - Zurufe - Unruhe)

Pfänder (SPD): Herr Präsident, ich werde versuchen, meine Redezeit einzuhalten, auch wenn mich jetzt manches reizen würde, meine Damen und Herren, darauf im einzelnen einzugehen. Denn zunächst einmal hatte ich den Eindruck, ich sei im falschen Saal!

Verehrte Frau Kollegin Decking, wenn Sie hier über Struktur, wenn Sie über Arbeitslosigkeit sprechen, dann fällt mir dazu nur eine alte chinesische Volksweisheit ein: Wissen ist Macht, nichts wissen macht aber auch nichts!

(Demonstrativer Beifall von Abgeordneten der F.D.P. - Beifall bei der SPD)

Den Niedergang der Bauwirtschaft insgesamt bedauern wir sicherlich alle sehr. Aber Herrn Minister Zöpel im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in diesem Lande dafür verantwortlich zu machen, ist, glaube ich, geradezu absurd. Dazu will ich Ihnen seitens des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes nur sagen: Die Bauinvestitionen aller Bundesländer zusammen - aller elf Länder der Bundesrepublik - machen etwa drei Prozent der gesamten Bauinvestitionen aus. Ich würde Sie bitten, das einmal zu relativieren.

Wir Sozialdemokraten im Bund wie im Land fordern aus diesem Grunde Investitionsprogramme mit dem Schwerpunkt "Umweltschutz". Dabei befinden wir uns in sehr guter Ge-

(Pfänder (SPD))

- (A) sellschaft: Herr Franke, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, hat, veröffentlicht am 25.11. dieses Jahres, 10 Milliarden DM für den Städtebau gefordert - vom Bund - ,

(Schultz (SPD): Aber jedes Jahr!)

unter anderem zum Beispiel für die Modernisierung, aus der sich der Bund ja seit 1982 zurückgezogen hat; keine müde Mark kommt hierfür mehr vom Bund! - Diese Forderung hat Herr Franke damit begründet, wenn der Bund die 10 Milliarden DM einsetzen würde, könnten damit jährlich 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden - und dies nicht etwa nur für ein Jahr; er hat vielmehr vorgeschlagen, das ganze Vorhaben während eines Zeitraums von zehn Jahren durchzuführen. Ich glaube, da liegt der Schwarze Peter!

Deswegen kann ich nur sagen: Nun reicht es wirklich, Herr Minister. - In Ihrer Bescheidenheit haben Sie nur vergessen, hinzuzufügen: Herr Bundesbauminister Schneider.

(Frau Decking-Schwill (CDU): Sie irren!)

- Nein, ich nicht.

- (B) Nun ein Wort zum sogenannten Konjunkturprogramm, das die Bundesregierung ins Spiel gebracht hat und das die Gemeinden in Anspruch nehmen sollen. Ich frage mich: Wenn der Bund nicht bereit ist, sich zu verschulden, um die Zahl der Arbeitslosen, die viel zu hoch ist, abzubauen, wie kann er das dann von den Gemeinden verlangen? Was sollen die kommunalen Vertreter dazu sagen? Sie haben sich dazu, wie heute der Presse zu entnehmen ist, ja massiv geäußert.

Eine höhere Verschuldung ist den Kommunen nicht mehr zuzumuten. Dieser Weg ist also nicht gangbar.

Wenn Sie hier so sehr beklagen, daß die Finanzierung des Landes zurückgegangen sei, dann müssen Sie sich natürlich vorhalten lassen, wie der Rückgang bei den Bundesmitteln für den Wohnungsbau ist. Er ist wahrlich dramatisch. Alleine von diesem Jahr auf das kommende Jahr gibt es einen Rückgang von 202 Millionen DM auf 126 Millionen DM. Dies ist in diesem Haushalt der höchste Rückgang im Bereich des Wohnungsbaus überhaupt. Das heißt, der Bund enthält uns hier die Mittel vor. Ich habe mich eben nur auf den Wohnungsbau bezogen; auf den Städtebau gehe ich gleich noch ein.

Beim Land bleibt das Fördervolumen erhalten. Die Förderkonditionen bleiben ebenfalls er-

halten. Dies ist auch über die Wohnungsbau-förderungsämter bekanntgegeben worden. Von daher ist das, was Sie hier im Blick auf die Regelung vom 14. Juli angesprochen haben, inzwischen Schnee von gestern. Das ist ein Erlaß gewesen, den der Minister aufgrund seiner Verantwortung für die wirtschaftliche Haushaltsführung herausgegeben hat und der wegen der außergewöhnlichen Rückflüsse bei der WFA nunmehr aufgehoben werden konnte. Er konnte aber erst aufgehoben werden, nachdem die Rückflüsse da waren. Wir halten dies jetzt im Sinne der vielen bauwilligen Familien und natürlich auch der Baukonjunktur für ausgesprochen sinnvoll.

Ihr Antrag zu § 11 des Haushaltsgesetzes, den Sie gerade noch einmal zu begründen versucht haben, ist allerdings nicht zu verantworten. Eines ist klar: Wenn Sie den Wohnungsbau wieder in den Haushalt einbringen wollen, müssen Sie schon einen entsprechenden Deckungsvorschlag machen. Es gibt sonst nur eine Möglichkeit, diesen Bereich zu finanzieren: die Aufstockung der Nettokreditermächtigungen. Dies aber können Sie mit Ihren finanzpolitischen Sprechern ja wohl nicht vereinbart haben.

(Schultz (SPD): Das ist ein Decking-Vorschlag! - Wolf (SPD): Aber ohne Deckungsvorschlag!)

(D) Ich will noch kurz auf die Zahlen für 1988 eingehen, um Ihnen deutlich zu machen, daß der Bund derjenige ist, der in diesem Haushalt den höchsten Rückgang verursacht. Wir haben 1988 einen Mitteleinsatz von 1,25 Milliarden DM zu erwarten. In diesem Jahr betrug der Mitteleinsatz 1,31 Milliarden DM. Das bedeutet, daß wir leider weniger Wohnungen bauen werden. Dies ist klar und deutlich. Es ist keine Frage, daß wir dies bedauern. Sie können aus diesen wenigen Zahlen schon ersehen, daß es die CDU/CSU-geführte Bundesregierung ist, die der Hauptverursacher für den Rückgang im Bereich des Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen ist.

Zu dem Antrag betreffend Strukturpolitik will ich mich nicht im einzelnen äußern. Erlauben Sie mir nur noch den Hinweis: Wohnungsbau ist Strukturpolitik. Auch das sollten Sie sich einmal vor Augen führen.

Allerdings möchte ich noch ein Wort zu der geplanten Steuerreform und der im Zusammenhang damit auf dem Schleichwege aufzuhebenden Wohnungsgemeinnützigkeit sagen. Es sieht zunächst einmal so aus, als würde nur eine Steuerbegünstigung abgebaut und als seien damit 100 Millionen DM an Einnahmen zu

(Pfänder (SPD))

- (A) erzielen. Es ist erst einmal sehr fraglich, ob 100 Millionen DM an Einnahmen erzielt werden. Sehr viel entscheidender aber ist dies: Mit dem Abbau der Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen werden die gemeinnützigkeitsrechtlichen Bindungen aufgehoben. Dies ist nicht zu bestreiten, auch von Ihnen nicht. Es geht dabei zum einen um die Mietpreisbindung und sodann um die Bindung des Vermögens für gemeinnützige Zwecke. Auch die Begrenzung der Gewinnausschüttung fällt weg. Ebenso fällt die Verpflichtung zur Verwendung der staatlich genehmigten Dauermietverträge weg. Wenn Sie das alles für nichts halten, sollten Sie dies nach draußen hin deutlich machen. Wir Sozialdemokraten - im Bund wie im Land - werden vehement dafür kämpfen, daß die Wohnungsgemeinnützigkeit zum Schutze der Mieter erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben vorhin die Mietgesetzgebung beschworen. Die CDU hat auf diesem Gebiet schon viel abgebaut. Dies ist jetzt die größte Attacke. Es handelt sich um 2,4 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik. Allein in Nordrhein-Westfalen sind es 600 000 Wohnungen, die davon betroffen sind. Ich glaube, in dieser Hinsicht wird es noch einige Erkenntnisse auch in Ihren Fraktionen geben müssen. Auch dies muß man einmal sagen: Noch zu Beginn dieses Jahres, im Januar, war auch Ihre Fraktion der Meinung - diese Meinung wurde im Bundestag deutlich geäußert; das ist im Protokoll nachzulesen -, daß die Wohnungsgemeinnützigkeit nicht aufgehoben werden dürfe, auch und gerade nicht nach dem Neue-Heimat-Skandal. So hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Januar dieses Jahres im Deutschen Bundestag geäußert. Fachleuten ist mit Sicherheit deutlich: Bei Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit würde mit einem Federstrich eine riesiges soziales Kapital in den Markt entlassen. Wir werden dafür kämpfen, daß dies nicht geschieht.

(B)

Nun noch ein Wort zur Stadterneuerung und vielleicht auch noch eines zum Wohnungsbau. Sie haben beklagt, daß in diesem Bereich ein Rückgang zu verzeichnen sei. Ich habe mir aus dem von Ihnen geführten Bundesministerium einmal die Unterlagen geben lassen. Das Land Nordrhein-Westfalen ist, was den Wohnungsbau angeht, unter den Flächenstaaten das einzige Bundesland, das einen angemessenen Wohnungsbeitrag im Verhältnis zur Bevölkerung erbringt. Alle anderen Flächenstaaten liegen weit hinter Nordrhein-Westfalen.

Ich komme nun auf den Städtebau zu sprechen, denn dort ist das Bild noch sehr viel

deutlicher. Ich will meine Ausführungen abkürzen und lediglich sagen: Nordrhein-Westfalen ist in all den Jahren Vorreiter in der Städtebaupolitik gewesen, und zwar dank des Ministers Dr. Zöpel und seiner Politik hier in diesem Hause.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt wird diesem Anspruch auch weiterhin gerecht. Wir sind das Land, das auch weiterhin den höchsten Anteil an eigenen Mitteln in den Städtebau steckt. Dafür steht ein Bereitstellungsrahmen von 485 Millionen DM zur Verfügung. Hinzu kommen - wenn der Bund mitmacht; Sie wissen, wo die Schwierigkeiten liegen - weitere 173 Millionen DM vom Bund, wenn er denn zahlen sollte.

Ich darf dazu auch als Vergleich sagen - weil ja dieses Franz-Josef-Land in Diskussionen immer gern angeführt wird -: Das Land Bayern stellt für den Städtebau - Sie waren dabei; wir haben das im bayerischen Landtag gehört - 36 Millionen DM zur Verfügung. Dem stehen in Nordrhein-Westfalen 485 Millionen DM gegenüber. Nur noch das Land Baden-Württemberg leistet sich ein nennenswertes eigenes Landesprogramm zur Stadterneuerung.

Auch dies sei Ihnen gesagt: Der Bundesanteil an der Stadterneuerung liegt in Nordrhein-Westfalen bei 18,9 %. Ich glaube, darüber brauchen wir nun nicht weiter zu streiten.

(D)

Lassen Sie mich noch einen Hinweis auf die Wohnungsmodernisierung geben! Ich sagte bereits: Der Bund hat sich hier seit 1982 verabschiedet. Wir zahlen seitdem Jahr für Jahr 218,5 Millionen DM. Wir würden gern noch mehr in diesen Bereich geben, weil es notwendig wäre. Wir können es aber nicht. Die Gründe dafür muß ich Ihnen nun nicht alle noch einmal erläutern.

Ich glaube also, Sie sollten aufhören, am Bürger vorbei Horrorvisionen über Nordrhein-Westfalen zu verbreiten. Die Stadterneuerung und der Wohnungsbau sind in Nordrhein-Westfalen Teil des Strukturwandels unseres Landes. Deswegen messen wir Sozialdemokraten dieser Politik seit vielen Jahren hohe Priorität bei. Das freundliche Gesicht unserer Städte ist auch ein Ergebnis dieses Mitteleinsatzes und des Engagements aller Beteiligten. Stadterneuerung erhält und stärkt die Anziehungskraft unseres Landes. Sie wird im gemeinsamen Bemühen von Bürgern, Gemeinden und Land fortentwickelt.

Ich darf für die SPD-Fraktion sagen: Wir werden den CDU-Antrag Drucksache 10/2698

(Pfänder (SPD))

- (A) ablehnen. Die Gründe habe ich angeführt. Dem Haushalt des Ministers Dr. Zöpel werden wir aus Überzeugung und auch fröhlich zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. "Fröhliche Zustimmung" wird für das Protokoll eine neue Formulierung sein.

(Wolf (SPD): Das ist ja ein Alleinunterhalter! - Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Abg. Kuhl hat das Wort.

Auch für Sie gilt das 15-Minuten-Diktat, das ich eben einmal ausgelassen habe.

Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde keine 15 Minuten reden.

(Schultz (SPD): Rechnen Sie noch einmal Peat, Marwick vor! Das war so schön!)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Die Veranstaltung, die wir hier betreiben, bringt weder Ihnen noch mir noch jemand da oben noch irgend jemand draußen vor der Tür auch nur ein Jota. Deshalb sollten wir uns einmal - und das meine ich allen Ernstes, und da können Sie Ihre blöde Zwischenbemerkung wirklich zurücknehmen - - Entschuldigung! Darum sollten wir uns allen Ernstes einmal darüber - -

(B)

Präsident Denzer: Herr Abg. Kuhl, ich habe gestern einem Minister das deutlich gesagt: Blöde Zwischenbemerkungen machen Abgeordnete nicht, egal, in welcher Fraktion sie sitzen. Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen. Sie machen eine. Was Sie denken, ist egal.

(Heiterkeit)

Kuhl (F.D.P.): Gut. Dann würde es eine "unqualifizierte Zwischenbemerkung" sein. - Denn wir sollten uns wirklich einmal ernsthaft darüber unterhalten, wie wir demnächst solche Debatten hier abhandeln.

Aber ich will drei Dinge sagen: Zum CDU-Antrag bleiben wir unserer Linie treu. Wir werden dem CDU-Antrag die Zustimmung zwar nicht verweigern, aber wir werden uns bei ihm enthalten.

(Aigner (SPD): Jein, wie immer!)

Bei der Beratung des Einzelplans stellt sich in der Tat doch die Frage, was wir hier eigentlich machen. Wäre es nicht - und darüber sollten wir auch einmal nachdenken - viel sinnvoller, die Verkehrspolitik künftig wieder dahin zu führen, wo sie eigentlich hingehört, nämlich zum Wirtschaftsminister. Denn Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik.

(C)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Und wäre es nicht auf der anderen Seite auch sinnvoller, die Wohnungsbau- und Städtebaupolitik wieder zum Innenminister zurückzuführen? Denn dann wäre sie bei dem für die Kommunalordnung zuständigen Minister, und auch dort wäre sie sinnvoll untergebracht.

Dem Haushalt werden wir nicht zustimmen.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege, ich bin schon fertig. Dem Haushalt werden wir nicht zustimmen. Die Einzelheiten dazu habe ich alle bereits im zuständigen Ausschuß von mir gegeben. Weitere Diskussionsbeiträge wollte ich mir hier aus den gerade erwähnten Gründen ersparen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Zu meiner Überraschung habe ich gar keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Was freut mich das aber!

(D)

(Heiterkeit - Zurufe von der SPD: Ende der Debatte! - Abstimmen!)

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans II entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

(Zurufe: Herr Präsident!)

Drucksache 10/2631

(Weitere Zurufe)

- ich habe hier keine Wortmeldungen -

(Fortgesetzte Zurufe)

- wir sind in der Abstimmung; ich habe vorhin ausdrücklich darauf hingewiesen - zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Weiterhin Zurufe)

(Präsident Denzer)

(A) - Es tut mir leid: Ich habe keine.

(Erneut Zurufe)

- Ich bin in der Abstimmung, und es bleibt auch dabei.

Wer dem Entwurf - ich wiederhole - des Einzelplans 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2631 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe auf: Einzelplan 04.

(Hardt (CDU): Herr Präsident!)

- Zur Geschäftsordnung selbstverständlich! Sie haben das Wort.

Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun muß ich wirklich sagen, daß dies ein Ding aus dem Tollhaus ist, weil der Einzelplan des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr natürlich in zwei Gruppierungen aufzurufen ist.

Die Fraktionen haben heute morgen schon die Redner dafür gemeldet. Aufgrund der Abstimmungsmodalitäten konnten wir zu dem Sachbereich Verkehr jetzt keine Ausführungen machen. Meine Damen und Herren, gehen Sie davon aus, daß wir gegen einzelne Bereiche der Verkehrspolitik inhaltlich schwere Bedenken haben. Deshalb ist das Verfahren in dieser Form nicht hinnehmbar. Ich bitte die Damen und Herren des Präsidiums darum, in Zukunft die Redner in der Reihenfolge, wie wir sie angemeldet haben, auch aufzurufen.

Präsident Denzer: Zur Geschäftsordnung hat weiterhin Frau Abg. Witteler-Koch das Wort.

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die gerade erfolgte Abstimmung mit Wohlwollen so zu sehen, daß sie den Bereich "Stadtentwicklung und Wohnen" betroffen hat, so daß wir den Einzelplan 11 mit dem Schwerpunkt Verkehr erneut aufrufen können.

Präsident Denzer: Wir wollen nicht an einer falschen Stelle einen Kriegsschauplatz eröffnen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich werde diesen Teil als abgeschlossen betrachten und nachher noch einmal über den Einzelplan 11 abstimmen lassen.

Ich mache aber noch einmal darauf aufmerksam: Ich habe vorhin gefragt, wer das Wort wünsche, und überrascht festgestellt, es lägen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Zurufe von der CDU)

- Nun räumen Sie den Präsidiumsmitgliedern auch einmal ein, daß sie etwas falsch sehen können. Seien Sie gegenüber allen und nicht nur gegenüber sich selbst tolerant.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe also den Teilbereich Verkehr des Einzelplans 11 auf.

Aber wir sind uns darüber einig, daß wir den Teilbereich Wohnungsbau abgeschlossen haben.

(Allgemeine Zustimmung - Unruhe)

Das Wort hat Herr Abg. Dreyer für die Fraktion der CDU.

(Beifall bei der CDU - Große Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich weiß, daß wir noch ein paar Stunden tagen. Aber es geht um so schneller, wenn Ruhe im Saal herrscht. Zur Abstimmung wird noch einmal geklingelt.

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dreyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Hinsichtlich der Ziele der Verkehrspolitik hat es über viele Jahre hinweg große Gemeinsamkeiten aller Fraktionen dieses Hauses gegeben. Der Verengung auf den Zusammenhang zur Wirtschaft, die Herr Kollege Kuhl hier soeben vorgenommen hat, kann ich so nicht zustimmen. Wir waren uns immer darüber einig, daß es Ziel der Verkehrspolitik ist, die Mobilität und die Entwicklung der Bürger zu fördern, Arbeitsplätze in einer arbeitsteiligen Wirtschaft zu erhalten und die vom Grundgesetz geforderten gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Räumen und Regionen zu verwirklichen. Diese Sicht der Verkehrspolitik ist ein bißchen breiter angelegt. Hierüber hat es in der Vergangenheit Übereinstimmung gegeben.

In den letzten Jahren aber hat es Auffassungsunterschiede vor allem hinsichtlich der Verkehrsinvestitionspolitik gegeben, die von großer Bedeutung ist. Wir gehen davon aus, daß es in Nordrhein-Westfalen insbesondere in den ländlichen Regionen auch noch Defizite in der Verkehrserschließung gibt. Dies wird von vielen gezeugnet; auch der Verkehrsminister

(C)

(D)



(Dreyer (CDU))

- (A) dieses Landes leugnet das im wesentlichen. Ich sage noch einmal deutlich: Wir halten es schon für wichtig, daß es eine bessere Verzahnung und eine bessere Integration von Städtebau und Verkehrsbau gibt.

(Aigner (SPD): Das wollen wir!)

Das ist nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch aus Gründen der Stadtentwicklung notwendig.

Herr Minister Zöpel, Tatsache ist nun einmal, daß in vielen Städten, wenn eine Besichtigung des Ministeriums ansteht, die Frage gestellt wird: Kommt Herr Zöpel, oder kommt Professor Ganser selbst? - Dieses sicherlich etwas scherzhaft gemeinte Wort macht deutlich, daß die Integration zweier wichtiger Bereiche in Ihrem Hause ein bißchen unter falscher Überschrift steht.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, meine Damen, meine Herren, daß durch die Investitionen, die der Bund in Nordrhein-Westfalen vornimmt, natürlich nach wie vor auch Schwergewichte in diesem Bereich gesetzt werden. Der Bund hat 1987 und wird auch 1988 wieder 1,3 Milliarden DM für den Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen einsetzen, davon ungefähr die Hälfte für die Verwirklichung des Bedarfsplans und die andere Hälfte für die kleineren Maßnahmen. Das ist ein Vielfaches dessen, was das Land an eigenen Verkehrsinvestitionen tätigt.

- (B) Hinzu kommt, daß der Bund auch im Rahmen der Investitionen für die Deutsche Bundesbahn hier Schwerpunkte setzt. Ich darf daran erinnern, daß die Neubaustrecke Dortmund - Paderborn - Kassel in der Planung ist, so auch die Strecke Frankfurt - Köln, aber auch die Strecke Köln - Brüssel - Paris. Darüber hinaus ist auch die Ausbaustrecke von Köln nach Hamburg, von Köln nach Hannover vorgesehen. Sie sehen, daß der Bund seinen Verpflichtungen für Nordrhein-Westfalen im Verkehrswegebau voll gerecht wird. Er hat eine Umschichtung zugunsten des Schienenverkehrs vorgenommen.

Der Verkehrshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich im Gegensatz dazu zurückentwickelt. Der Gesamthaushalt ist zwischen 1979 und 1988, also in der Verantwortung des Ministerpräsidenten Rau, von 48 Milliarden DM auf 60 Milliarden DM angestiegen. Die Verkehrsinvestitionen sind in diesem Zeitraum aber zurückgegangen, und zwar von 2,8 auf 2,3 Milliarden DM.

Hinzu kommt, daß in diesem Jahr eine weitere Befrachtung des Gemeindefinanzierungsge-

setzes vorgenommen wird. In dessen § 4 heißt es zwar zunächst, daß die Gemeinden mit 25 % an dem Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer teilhaben. Aber in §§ 24 ff. heißt es, daß dieses Geld für Zwecke des Landeshaushalts ausgegeben wird. Das bedeutet: Eine Straßenbaulastpauschale gibt es überhaupt nicht mehr. Das Geld, das die Gemeinden dringend brauchen, um die Straßen instandzuhalten, wird ihnen vorenthalten.

(C)

Der Bund leistet auch im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Erhebliches für Nordrhein-Westfalen. Ich erinnere daran, daß allein für den Bereich Straßenbau 351 Millionen und für den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs für Investitionen rund 290 Millionen zur Verfügung stehen, die aber noch durch Beträge aufgestockt werden, die in anderen Ländern nicht verbaut werden. Wenn ich richtig orientiert bin, kann man sogar davon ausgehen, daß in den nächsten Jahren die durch die Plafondierung entstehende Lücke mehr als ausgeglichen sein wird.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Straßenbau, was die Finanzierung des Landesstraßenbedarfsplans angeht, 1980 noch 365 Millionen DM ausgegeben. Diese Investitionen sind in Schritten auf jetzt 150 Millionen DM zurückgegangen, die dann auch noch aus den Straßenbaulastmitteln der Gemeinden finanziert werden.

Dies ist zu wenig. Wir haben in einem Entschließungsantrag unsere Sicht der Ziele der Verkehrspolitik und der notwendigen Investitionen dargestellt. Angesichts dieses Entschließungsantrags, der alle weiteren Einzelheiten enthält, kann ich mich heute kurz fassen.

(D)

Was den Verkehr angeht, so gibt es einen Bereich, den ich lobend hervorhebe. Es ist der Bereich des Luftverkehrs, der beim Wirtschaftsminister ressortiert.

(Anhaltende allgemeine Unruhe)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie einen Moment! Was die Lautstärke der Geräuschkulisse anlangt, könnte man meinen, der Saal wäre doppelt besetzt. Ich bitte um Rücksicht für diejenigen, die - ich weiß, wie schwierig das ist - noch aufnahmefähig sind.

Herr Abgeordneter, Sie haben weiterhin das Wort.

Dreyer (CDU): Meine Damen, meine Herren, ich wollte die Leistungen des Landes für die

(Dreyer (CDU))

- (A) Luftverkehrspolitik hervorheben. Hier haben wir in der Tat auch im nächsten Jahr wichtige Investitionen zu erwarten. Ich erwähne den Flughafen Paderborn, wo es um die Erweiterung der Start- und Landebahn geht. Aber auch auf dem Flughafen in Münster sind Investitionen geplant. Angesichts der Verkehrszuwachsraten in diesem Bereich - da geht es ja um 12%igen Zuwachs in den letzten Jahren - ist dies sicher notwendig und nützlich.

Aber auch im Straßenverkehr werden wir in Zukunft weitere Entwicklungen haben. Inzwischen werden mehr als 91 % des Personenverkehrs und 51 % des Güterverkehrs im Straßenverkehr abgewickelt. Nach allen Prognosen, die vorliegen, wird es weiterhin Anstieg geben. Nicht nur, was die Mobilitätsentwicklung angeht, sondern auch, was die Zahl der Fahrzeuge anlangt, ist mit weiterem Zuwachs zu rechnen. Man erwartet mindestens 31 Millionen Fahrzeuge im Jahr 2000.

Aber auch die Investitionen für den öffentlichen Personennahverkehr sind von besonderer Bedeutung. Dies wird in Zukunft besonders für den ländlichen Raum gelten, wo es ja angesichts der zurückgehenden Schülerzahlen besondere Probleme bei der Finanzierung des ÖPNV gibt.

- (B) In diesem Zusammenhang wird eine wichtige Rolle auch die Rahmenvereinbarung spielen, die mit der Bundesbahn abgeschlossen werden soll. Ich will heute nicht alle Anklagen wiederholen. Wir alle wissen, daß durch die Verzögerungen, die eingetreten sind, Möglichkeiten an uns vorbeigegangen sind. Ich wiederhole aber ganz ausdrücklich das Angebot, daß wir uns über Parteigrenzen hinweg mit dem vorliegenden Vertragsentwurf beschäftigen. Er ist nach Ansicht aller Fraktionen keine geeignete Grundlage für einen Vertragsabschluß. Wir gehen davon aus, daß wir auch in Nordrhein-Westfalen etwa bayerische Verhältnisse haben müssen, was die Voraussetzungen angeht.

Aber ich sage ganz deutlich auch: Wo Schienenverkehr nicht mehr schienenwürdig ist, muß man Konsequenzen ziehen, vor allem, wenn inzwischen über andere Verkehrsträger Parallelverkehre entwickelt worden sind, die so leistungsfähig sind, daß sie von den Menschen angenommen werden.

Ich beschränke mich jetzt auf diese Feststellungen, weil ich meine Zusage einhalten will, die Redezeit zu unterschreiten.

Ich bringe nur noch einmal deutlich zum Ausdruck, daß im Land Nordrhein-Westfalen

auch in Zukunft Verkehrsinvestitionen nicht nur zur Erhaltung und Verbesserung des vorhandenen Straßennetzes vorgenommen werden müssen, sondern daß, um Ortsdurchfahren erträglich zu gestalten, auch in diesem Bereich Investitionen notwendig sind. (C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Kollege.

Ehe ich Herrn Abg. Böse das Wort erteile, gebe ich dem Plenum des Parlaments ein paar Überlegungen des Präsidenten bekannt.

Wie wäre es - ich kann keine Reden zu Protokoll nehmen; das sage ich ganz deutlich -, wenn wir uns zumindest darauf verständigen könnten, zu jedem Einzelplan die erste Rede der Fraktionen auf 15 Minuten zu begrenzen und dann Kurzbeiträge von fünf Minuten zu bringen?

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Dieses Angebot gilt auch für die Regierung.

Es ist nämlich erforderlich, eine Übereinstimmung zu bekommen. Sie würde den Fortgang der Geschäfte für alle vernünftiger machen. Ich werde sogleich bei den Herren Parlamentarischen Geschäftsführern nachfragen lassen. Danke schön!

(Zurufe)

- Nein, nein! Da verstehen Sie mich falsch. Zu jedem Einzelplan die erste Rede - das gilt auch für die Regierung - 15 Minuten, dann Kurzbeiträge von fünf Minuten. Das gilt für die Fraktionen und auch für die Regierung. Also: nicht der erste Redner schlechthin 15 Minuten, sondern der erste Redner jeder Fraktion. (D)

Ich bitte, das gleich zu überlegen. Ich werde nachfragen lassen.

Herr Abgeordneter, Sie haben eine längere Rede vorbereitet. Sie haben das Wort. Für die Fraktion der SPD spricht nun Herr Abg. Böse.

Böse (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch der Verkehrshaushalt 1988 steht unter dem Zwang der Konsolidierung. Die Gründe dafür brauche ich nicht zu wiederholen. Das hindert uns aber nicht daran, unsere verkehrspolitischen Ziele und Grundsätze weiterhin konsequent zu verfolgen.

(Böse (SPD))

- (A) Die SPD-Fraktion stimmt daher dem Verkehrshaushalt 1988 unverändert zu. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium. Den von der CDU-Fraktion vorgelegten Entschließungsantrag zum Einzelplan 11 - Bereich Verkehr - lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Frau Abg. Thomann-Stahl das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin!

Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade den kleinen Weihnachtsmann hier auf dem Tisch des Ministerpräsidenten bewundert. Ich will nicht hoffen, daß er als Statthalter fungiert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch der Verkehrshaushalt ist dadurch gekennzeichnet, daß er falsche Akzente setzt. Auch im Verkehrsbereich werden dem Land und den Kommunen finanzielle Mühlsteine umgehängt, die sie in nächster Zeit unaufhaltsam in einen Abgrund von Schulden ziehen werden. Die extrem starke Ausrichtung des Verkehrshaushalts auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Bereichs, der auch in Zukunft nur Defizite,

- (B) (Aigner (SPD): Ihr seid doch Betonköpfe.)

und zwar steigende Defizite, verursachen wird zu Lasten des Ausbaus der übrigen Verkehrsinfrastruktur - Straßen, Wasserwege, regionaler Luftverkehr -, Bereichen, die in Zukunft die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern könnten, hält die F.D.P. für unverantwortlich.

(Wolf (SPD): Typische Rede für Paderborn!)

- Keineswegs, Herr Kollege! - Herr Minister, Sie halsen insbesondere den stadtbahnbauenden Kommunen unabsehbare Defizite auf. Und Ihre Genossen im Verkehrsausschuß betreiben Vogel-Strauß-Politik nach der Devise, daß Kosten, die per Beschluß in betriebswirtschaftlichen Rechnungen nicht zu berücksichtigen sind, auch grundsätzlich nicht anfallen.

Daß nicht nur die F.D.P. dies für verantwortungslos gegenüber dem Land, den Kommunen und insbesondere den Bürgern hält, zeigen

die Schreiben, die mir die Vorstände mehrerer Verkehrsunternehmen anlässlich der Fortschreibung des ÖPNV-Ausbauplans zugeschickt haben. Diese Herren, ausnahmslos SPD-Mitglieder, wiesen sehr nachdrücklich auf die in Zukunft ungeklärte Finanzierung der Ersatzinvestitionen hin und drückten ihre - man möchte schon beinahe sagen - Verzweiflung darüber aus, daß sie weder bei der Landesregierung noch bei der SPD-Fraktion Gehör für ihre Sorgen und Bedenken fänden.

Kein Mitglied der F.D.P.-Fraktion oder überhaupt unserer Partei hätte etwas dagegen einzuwenden, Straßen vom Autoverkehr zu entlasten und öffentlichen Personennahverkehr zu fördern. Aber im Moment erscheint uns der Verkehrsminister wie jemand, der ungedeckte Wechsel zieht im Vertrauen darauf, daß die Bürgen - in diesem Fall die Kommunen - das absehbare ÖPNV - Finanzdesaster bewältigen können. Dabei, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wissen Sie sehr genau, daß die zukünftigen Defizite niemals - niemals! - von den Gemeinden abgedeckt werden können.

In der Straßenbaupolitik des Landes klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander, daß es nicht einmal mehr dem an argumentative Spagatte nun wirklich gewöhnten Minister Zöpel gelingt, hier den Anschein zu erwecken, es bestünden noch irgendwelche Verbindungen.

Ich will nicht immer auf dieser L 751, der Ortsumgehung Oerlinghausen, herumreiten; aber sie ist wirklich ein schlagendes Beispiel für Ihre Unvernunft. Für sage und schreibe 4 000 Fahrzeuge am Tag soll hier ein Tunnel für 40 Millionen DM gebaut werden. In Essen und Bochum sind Straßen mit 40 000, 50 000, 60 000 Fahrzeugen am Tag belastet und haben zum Teil nicht einmal Lärmschutzwände. Für diese Ortsumgehung Oerlinghausen werden seit Jahren Beträge zwischen 100 000 und 250 000 DM im Haushalt eingesetzt. Wenn das so weiter geht, brauchen wir genau 200 Jahre, um diese Straße zu beenden. Ist das vielleicht vernünftige Verkehrspolitik?

(Zuruf des Abg. Jaax (SPD))

Selbst, Herr Jaax, wenn Sie tatsächlich irgendwann bereit sind, Beträge zwischen 8 und 10 Millionen DM im Jahr bereitzustellen, sind das die beiden Jahresetats der Straßenbauämter Bielefeld und Paderborn zusammen für ein einziges Projekt für 4 000 Fahrzeuge am Tag. Halten Sie das wirklich für verantwortlich?

Auf einen Punkt will ich noch eingehen, auf die Obstbaumpflanzaktion des Ministers und

(C)

(D)

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) die überaus seltsamen und sehr teuren Blüten und Früchte, die sie hervorbringt.

Da hat der Verkehrsminister im Sommer des Jahres gemeinsam mit dem Landwirtschaftsminister einen Runderlaß herausgegeben, in dem die Verwaltungen angehalten wurden, statt langweiliger Pappeln oder irgendwelcher elitärer Kastanien nun Obstbäume an die Straßenränder zu pflanzen. Damit auch jeder davon etwas hat, sollten über die Ordnungsämter für ein paar Mark "Obstpflückscheine" verkauft werden.

Selbst wenn wir jetzt einmal davon absehen, daß es nun jeder Verkehrssicherheitspolitik zuwiderläuft, wenn jemand bei dem Versuch, sich den allerletzten bleihaltigen Apfel vom Baum zu angeln, dem Autofahrer aufs Dach oder vors Auto fällt, so müssen wir doch berücksichtigen, daß dieser Erlaß vom Landschaftsverband Rheinland erst genommen wurde. Die Abgeordneten haben also die Verwaltung gebeten, diese Obstbäume nun zu pflanzen. Die Verwaltung prüfte und kam zu dem Ergebnis, daß gegen fallende Obstpflücker nichts einzuwenden sei, wohl aber gegen herabfallendes Obst. Das würde nämlich bei Bremsvorgängen die Verkehrssicherheit erheblich behindern.

Der Landschaftsverband untersuchte das Problem also noch weiter mit erheblichem Kosten- und Personalaufwand und kam nach einigen Wochen mit einem Kompromißvorschlag. Man wollte Birnbäume pflanzen. Birnbäume!

(B)

(Aigner (SPD): Aber nur im Rheinland!)

- Jetzt hören Sie gut zu, Herr Kollege Aigner. - Die Mitarbeiter hatten nämlich nach längerem Suchen in botanischen Gärten eine äußerst widerstandsfähige Sorte Birnbäume entdeckt, die sich durch eine Eigenschaft auszeichnet: Sie setzt nämlich keine Früchte an.

(Wolf (SPD): Das sind die sogenannten Kohlibirnen!)

- Gummibirnen oder Glühbirnen könnten wir vielleicht auch noch pflanzen. -

Ich will es bei diesen praktischen Beispielen der real existierenden Straßenbaupolitik im Lande belassen. Man könnte noch viele Beispiele bringen - von Ortsumgehungen, die nie gebaut werden, von Ortsdurchfahrten, die verkehrsberuhigt wurden, wo heute die Laster mehrfach vor- und rückwärts rangieren müssen, damit sie noch um die Kurve kommen, von Straßen, die auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren nur aus im Volks-

mund sogenannten "So-da-Brücken" bestehen, die nur "so da" in der Gegend rumstehen und denen wo der Straßenanschluß an sämtlichen Seiten fehlt. (C)

Ich glaube, es ist schon ziemlich spät, und meine Redezeit ist, wie mir der Präsident signalisiert, beendet.

(Wolf (SPD): Ich könnte Ihnen stundenlang zuhören!)

- Ich will es Ihnen ersparen, Herr Kollege. Wenn Sie mir stundenlang zuhören wollen, dann überschätzen Sie vielleicht die Geduld Ihrer Kollegen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. Für die Landesregierung hat nunmehr das Wort zu einem längeren Beitrag Herr Minister Dr. Zöpel.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag auf "Danke schön" und auf gute Wünsche beschränken.

Zunächst bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Böse, daß Sie meinem Haushalt zustimmen.

Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Dreyer, dafür, daß Sie sich in einem sorgfältigen, qualifizierten Antrag zur Verkehrspolitik mit der Verkehrspolitik der Landesregierung auseinandersetzen. Ich glaube, es wäre sinnvoll und Ihrem Antrag angemessen, wenn wir darüber ausführlich diskutieren könnten. Das verbietet die späte Stunde. Wir haben es zum Teil getan bei der Debatte über die Straßenbaupolitik; wir werden Anfang des Jahres Gelegenheit nehmen, es bei der Debatte über die Nahverkehrspolitik fortzusetzen. Entschuldigen Sie, daß ich hier nicht darauf eingehe. Ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis. (D)

Eine Randbemerkung: Besonders bedanke ich mich im Namen meines Kollegen Jochimsen, daß Sie ihn uneingeschränkt für die Luftverkehrspolitik gelobt haben.

Ich bedanke mich auch wiederum bei Frau Kollegin Thomann-Stahl, und zwar deshalb, weil Sie immer wieder sehr deutlich den Kontrast zu meiner Verkehrspolitik herausstellen. Und da ich meine Verkehrspolitik für richtig halte, sind Ihre Beiträge ein Beweis

(Minister Dr. Zöpel)

(A) dafür, daß das auch auffallen kann. Und insoweit sind Sie nützlich.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich schließe damit, daß ich mich im Bereich der Bäume und des Obstes bewege. Ich wünsche Ihnen allen, so Sie das wollen, einen schönen Weihnachtsbaum mit gesunden Äpfeln. Ich bin der Auffassung, wir sollten das Aufstellen von Weihnachtsbäumen und das Daranhängen von Äpfeln

(Hardt (CDU): Haben Sie auch einen?)

- ja - nicht untersagen, obwohl hin und wieder schon einmal ein Weihnachtsbaum verbrannt ist. Und genauso sollten wir Obstbäume an Landstraßen nicht verbieten, obwohl schon einmal ein Apfel an der falschen Stelle runtergefallen ist. Fröhliche Weihnachten!

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Präsident Denzer: Ich habe mich davon überzeugt: Zum Einzelplan 11 liegen tatsächlich keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratungen.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2631 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen.

(B)

Ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 04: Justizminister

In die Beratungen werden der Änderungsantrag Drucksache 10/2693 und der EntschlieBungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2702 einbezogen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Klose von der Fraktion der CDU.

Dr. Klose (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Freude machen die Haushaltsberatungen in diesem Jahr nicht, und zwar nicht etwa deshalb, weil wir zu dieser Stunde noch beraten müssen. Das halte ich letzten Endes noch für zumutbar. Andere müssen länger arbeiten als wir.

(Allgemeine Zustimmung)

Aber sie machen deshalb keine Freude, weil an der Vielzahl der EntschlieBungsanträge, die gestellt werden, deutlich wird, daß der Handlungsspielraum, den das Parlament hat, sich immer weiter verengt und nur noch wenige Möglichkeiten offenbleiben, sei es für die Regierungsfraktion, sei es für die Fraktionen in der Opposition, überhaupt Anträge mit einem sachlichen Hintergrund, einem sachlichen Ziel einzubringen. Ich bedaure dies, möchte dies aber voranschicken, weil auch die CDU-Fraktion, von einem einzelnen Antrag abgesehen, der eine besondere Bedeutung hat, auch nur einen EntschlieBungsantrag einbringen wird, und das in dem Bewußtsein, daß dies ein sehr bescheidener Beitrag ist. Aber die Haushaltslage auch des Einzelplans 04 läßt uns keine andere Möglichkeit. Der Einzelplan 04 ist, Herr Justizminister, was seine finanziellen Möglichkeiten angeht, ausgequetscht wie eine Zitrone. Auch Umschichtungen helfen nichts, und die wird man auch nicht erreichen - jedenfalls nicht glaubhaft erreichen -, wenn man Anträge stellt. Deshalb haben wir, obgleich es eine Fülle von Anträgen zur Sache zu stellen gäbe, hiervon abgesehen.

(C)

Ein EntschlieBungsantrag ist, wenn er auch nur eine Willensbekundung der Fraktion darstellt, eben doch notwendig, weil klargemacht werden muß, daß der Bereich der Rechtspflege neben allen überragenden Problemen der Energiepolitik, der Wirtschaftspolitik, all dem, was wir unter den Stichworten Kohle und Stahl in den vergangenen Tagen diskutiert haben, doch einer der Kernbereiche des modernen Rechtsstaates überhaupt und auch der Kernbereiche der Landespolitik ist, und zwar auch unter sozialstaatlichen Gesichtspunkten. Dieser Zustand des Mangels, der bestürzend ist und bleibt - das muß wenigstens zu dieser Stunde zu Protokoll gegeben werden -, ist nicht auf Dauer hinnehmbar.

(D)

Nehmen Sie die Rechtspflege! Die Verfahren haben von Jahr zu Jahr an Zahl zugenommen, ebenso die Dauer der Verfahren. Der Hinweis darauf, daß der Stillstand der Rechtspflege nicht eingetreten ist, ist begründet, weil die Arbeitsfreudigkeit und der Versuch der Richterschaft, wenigstens die Vielzahl der Prozesse noch in angemessener Zeit zu erledigen, einfach da ist. Aber an dem Umstand, daß ein Bürger, der sich mit einer Klage an ein Zivilgericht wendet, mehr als ein Jahr auf einen Termin zur Hauptverhandlung warten muß, ändert sich nichts. Ebenso ist es mit einem Behinderten, der sich mit einer Klage an das Sozialgericht wendet. Er muß mehr als ein Jahr warten. Auch ein Steuerpflichtiger, der sich an das Finanzgericht wendet, muß